



Niederschrift

11. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

Sitzungstermin:	Dienstag, 29.09.2009
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:45 Uhr
Ort, Raum:	14471 Potsdam, Am Luftschiffhafen 2, Olympiastützpunkt Brandenburg

Anwesend sind:

Frau Drohla, Hella	DIE LINKE	
Herr Klamke, Volker	SPD	Teilnahme 17:15 Uhr - 19:35 Uhr
Frau Dr. Orłowski, Manja	SPD	Teilnahme bis 19:25 Uhr
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	Leitung der Sitzung
Herr Menzel, Andreas	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Beyer, Kerstin	Behindertenbeirat	Teilnahme ab 17:30 Uhr
Frau Bittrich, Sabine	Migrantenbeirat	
Herr Hübner, Frank	Familienpartei	
Herr Ofcsarik, Karl	SPD	
Herr Dr. Steinicke, Alexander	DIE LINKE	
Herr Stolpe, Sven	DIE LINKE	Teilnahme bis 18:50 Uhr
Frau Weishaupt, Manuela	CDU/ANW	

Nicht anwesend sind:

Herr Wollenberg, Stefan	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Gohlke, Dieter	FDP/Familienpartei	unentschuldigt
Frau Benirschke, Eva	Bündnis 90/ Die Grünen	unentschuldigt
Herr Engels, Florian	SPD	unentschuldigt
Herr Prinz-Schubert, Frank	Die Andere	entschuldigt
Herr Bogel-Meyhöfer Staatl. Schulamt		entschuldigt

Frau Wildgrube, Gudrun Schriftführerin

Gäste

Dr. Magdowski, Iris Jana	Beigeordnete für Bildung, Kultur und Sport
Frau Ewers, Josefine	FB Schule und Sport
Frau Kofer, Birgit	ÖPNV-Organisation, Teilnahme zu TOP 3.1.1 und 3.1.2
Frau Pichler, Anne	Stadtsportbund
Herr Boede, Lutz	Die Andere
Herr Hildebrandt, Karl	MAZ

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Führung durch das Sportareal Luftschiffhafen mit dem Schwerpunkt Standort neue Sporthalle (ca. 1/2 Stunde)
Treffpunkt 17:00 Uhr am Haupteingang (siehe Skizze)

- 2 Eröffnung und Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.08.2009/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1.1 Satzung über die Erstattung von Schülerfahrkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0082
Fraktion Bündnis90/Die Grünen
- 3.1.2 Workshop zur Finanzierung des kostenlosen Schülertransports
Mitteilungsvorlage: 09/SVV/0735
Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 3.2 Finanzierung von Lehr- und Unterrichtsmitteln
Vorlage: 09/SVV/0770
Fraktion DIE LINKE
- 3.3 Bildungsbericht
Vorlage: 09/SVV/0715
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 3.4 Ersatzstandort für die Sporthalle auf dem Unigelände im Park Babelsberg
Vorlage: 09/SVV/0752
Gruppe Die Andere
- 3.5 Trainingsmöglichkeiten für Potsdam Kickers 94 e.V.
Vorlage: 09/SVV/0767
Fraktionen SPD, CDU/ANW, FDP/Familienpartei
- 3.6 Änderung des Zuwendungsbescheides zur Sanierung des Karl-Liebknecht-Stadions
Vorlage: 09/SVV/0753
Gruppe Die Andere
- 3.7 Sitzungskalender 2010
Vorlage: 09/SVV/0679
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Sonstiges
- 5.1 Einberufung eines Workshops zur Prioritätensetzung Schulinvestitionen

Protokoll:

Öffentlicher Teil

- zu 1 Führung durch das Sportareal Luftschiffhafen mit dem Schwerpunkt Standort neue Sporthalle (ca. 1/2 Stunde)
Treffpunkt 17:00 Uhr am Haupteingang (siehe Skizze)**

Um 17:00 Uhr treffen sich die Sitzungsteilnehmer am Eingang des Areals Luftschiffhafen. **Herr Klemund**, Geschäftsführer der Luftschiffhafen Potsdam GmbH, führt durch das Gelände und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

zu 2 Eröffnung und Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 25.08.2009/ Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Schröder stellt fest, dass zu Beginn der Sitzung 5 stimmberechtigte Ausschussmitglieder anwesend sind. Es wird Beschlussfähigkeit festgestellt.

Die Niederschrift der Sitzung vom 25.08.2009 wird in der vorliegenden Fassung bestätigt.

Herr Menzel informiert darüber, dass er beantragt habe, die DS 09/SVV/0630 „Ko-Finanzierung geschlechtsbewusste Arbeit für Jungen und Männer“ auf die Tagesordnung zu nehmen. Aufgrund der Fülle der Tagesordnung habe er sich mit dem Ausschussvorsitzenden zur Behandlung in der Oktobersitzung verständigt.

Frau Drohla meldet für die Behandlung unter Sonstiges folgende Punkte an: Bericht zum Beginn des neuen Schuljahres, Situation an der Förderschule mit den sonderpädagogischen Förderschwerpunkten Hören und Sprache, Veranstaltung an der Lenné-Gesamtschule zum Thema Ganztage.

Herr Schröder teilt mit, dass sich Herr Bogel-Meyhöfer wegen Krankheit entschuldigt habe. Fragen an das Schulamt, sollten an das Staatliche Schulamt Brandenburg gesendet werden. Der Fragesteller werde dann eine Antwort erhalten.

Herr Menzel hätte unter Sonstiges gern Informationen zum Fifty-fifty-Projekt an Potsdamer Schulen und über das Anbringen von Bannern und Plakaten, mit Aufschriften wie „Die Schule hat begonnen“. Er würde sich mehr solcher Hinweise wünschen.

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt der Niederschrift der Sitzung am 25.08.2009 in der vorliegenden Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	0

**zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
zu 3.1.1 Satzung über die Erstattung von Schülerfahrkosten sowie die Beförderung von Schülerinnen und Schülern der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0082**

Frau Dr. Magdowski verweist auf die geänderte Beschlussfassung im Finanzausschuss am 16.09.2009 und trägt diese vor.

Frau Drohla erklärt, dass ihre Fraktion jegliche Möglichkeit unterstütze, einen elternbeitragsfreien Schülertransport zu erreichen.

Herr Klamke kann diesen Antrag nicht unterstützen. Unterstützt werden sollten Familien mit Problemen, jedoch nicht Familien, in denen beide Elternteile ein Ein-

kommen haben.

Frau Drohla erklärt, sie gehe davon aus, dass Bildung und Schule eine gesellschaftliche Aufgabe seien. Dazu gehöre auch die Gewährleistung der Erreichbarkeit der Schule.

Herr Menzel verweist darauf, dass andere Landkreise die ÖPNV kostenrentabler gestalten. Man sollte die Möglichkeit nutzen, um den ÖPNV allgemein zu stärken und attraktiver zu machen.

Herr Klamke spricht sich dafür aus, sozial schwache Familien zu unterstützen.

Herr Schröder lässt den vom Finanzausschuss geänderten Beschlusstext abstimmen.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, einen Stufenplan zur Einführung eines *kostengünstigeren* Schülertickets zu erarbeiten. Im ersten Schritt soll es eine Kostenerstattung von 25% für ein Jahresticket durch die Landeshauptstadt geben, in weiteren Schritten soll der Prozentsatz des Zuschusses erhöht werden.

Des Weiteren wird der OBM beauftragt, dazu einen Finanzierungsplan zu erarbeiten.

Das Konzept ist der SVV mit *Einbringung des Haushaltes 2010 zur Beschlussfassung vorzulegen.*

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

Der Antrag wird geändert beschlossen.

**zu 3.1.2 Workshop zur Finanzierung des kostenlosen Schülertransports
Mitteilungsvorlage: 09/SVV/0735**

Frau Dr. Magdowski führt aus, dass der Vorschlag eines kostenlosen Schülerverkehrs Platz 1 bei den Vorschlägen zum Bürgerhaushalt belegte. Grundsätzlich werde die Reduzierung der Elternbeiträge zum Schülertransport für alle Schüler befürwortet. Die Umsetzung würde jedoch jährlich 1,7 Mio. € Mehrkosten verursachen. Die Workshopteilnehmer stimmten darin überein, dass die Reduzierung der Elternbeiträge schrittweise eingeführt werden solle und die Stufen im Rahmen der Finanzierbarkeit umgesetzt werden.

Frau Ewers ergänzt, dass es durch den GB 1 einen Vorschlag bei der Haushaltsplanung geben werde. Frau Kofer sei anwesend und bereit, Fragen zu beantworten.

Frau Drohla möchte wissen, ob eine Variante favorisiert wurde.

Frau Kofer informiert, dass man sich im Workshop für keine Variante entscheiden konnte. Gesagt wurde, dass man nicht nach sozialen Gesichtspunkten differenzieren wolle. Höhere Einnahmen aus Parkgebühren sollten geprüft werden. Dies habe der Finanzausschuss jedoch wegdiskutiert.

Frau Drohla spricht sich für die Primarstufenvariante aus.

Herr Schröder verweist darauf, dass man nicht über den Workshop diskutieren wolle.

Es gibt keine weiteren Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport nimmt die Mitteilungsvorlage DS 09/SVV/0735 zur Kenntnis.

**zu 3.2 Finanzierung von Lehr- und Unterrichtsmitteln
Vorlage: 09/SVV/0770**

Frau Drohla erläutert den Antrag. Am Leibniz-Gymnasium habe es das Problem gegeben, dass von 13 T€ eingefrorenen Haushaltsmitteln 9 T€ freigegeben und 4 T€ gestrichen wurden. Sie bittet darum, dass sich die Verwaltung darum kümmere und sich mit dem Schulleiter in Verbindung setzt. Sie erklärt, dass sich der erste Teil des Antrages durch Verwaltungshandeln erledigt habe. Der zweite Teil des Antrages sei jedoch unverzichtbar. Sie bittet darum, ihn abzustimmen.

Frau Ewers informiert, der Beigeordnete für Finanzen habe zugesagt, dass ab dem Haushaltsjahr 2010 Lehr- und Unterrichtsmittel in der Haushaltssatzung von der Bewirtschaftungssperre von vornherein ausgenommen werden. Damit dürfte sich auch der zweite Teil des Antrages erledigt haben. Zum Schutz der Verwaltung verweise sie darauf, dass das Schulen zum Teil nicht richtig geplant haben. Das werde man für 2010 ändern.

Frau Drohla verweist auf die Beantwortung einer kleinen Anfrage zu dieser Problematik.

Frau Ewers erklärt, dass der Fachbereich Schule und Sport am 29.04.2009 den Antrag auf Mittelentsperrung gestellt habe. Die Mittelfreigabe durch GB 1 sei 5 Tage später erfolgt. Die Schulbücher waren mehrheitlich zum Schuljahresbeginn verfügbar.

Frau Drohla bittet darum, den 2. Teil des Antrages abzustimmen.

Herr Schröder hält dies für unschädlich und kommt der Bitte von Frau Drohla nach.

Beschlusstext:

Im Rahmen zukünftiger Haushaltsplanungen werden an den Schulen der Landeshauptstadt Potsdam keine vorläufigen Mittelsperren für die Beschaffung von Lehr- und Unterrichtsmitteln, vor allem von Schulbüchern, vorgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der Antrag wird geändert beschlossen.

**zu 3.3 Bildungsbericht
Vorlage: 09/SVV/0715**

Herr Menzel erklärt, dass in einem Bildungsbericht Daten erfasst werden sollen, welche die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe betreffen. Beide hätten andere Ansätze und ein anderes Klientel. Interessant seien aber neben demografischen Daten auch das Anwahlverhalten, Schulverweigerer, Wiederholer u.a. Ziel des Antrages sei die Verbesserung der Zusammenarbeit.

Dr. Steinicke verweist auf Fehler in der Begründung.

Frau Dr. Orlowski erinnert an den Antrag 09/SVV/0137 „Mehr kommunale Verantwortung für Bildung“, welcher sich noch im Geschäftsgang befinde. Die von Herrn Menzel geforderten Aussagen seien für Jeden im Internet abrufbar und müssen nicht gesondert aufbereitet werden.

Frau Drohla meint, der Bildungsbericht sei ein Schritt auf dem Weg zu mehr kommunaler Verantwortung für Bildung. Sie erinnert an die Arbeit der AG Jugendhilfe-Schule, die solche wesentlichen Dinge bearbeitet habe. Im April 2007 wurde die Arbeit eingestellt, weil sich bewusst beide Ausschüsse getrennt haben.

Herr Ofcarik erklärt, wenn dem Antrag zugestimmt werde, sollte man den Bericht für die SVV im November vorsehen.

Frau Dr. Magdowski hält den Bildungsbericht bundesweit für ein wichtiges Anliegen. Die Einflussnahmemöglichkeiten des Schulträgers sei jedoch begrenzt. Ein solches Projekt könne man nur umsetzen, wenn man das Staatliche Schulamt im Boot habe. Sie schlägt vor, den Antrag erneut aufzurufen, wenn ein Vertreter des Staatlichen Schulamtes anwesend ist.

Die Ausschusmitglieder verständigen sich darüber, dass die Behandlung der DS 09/SVV/0137 „Mehr kommunale Verantwortung für Bildung“ noch ausstehe. Beide Anträge sollten in der Sitzung am 24. November 2009 behandelt werden. Das Staatliche Schulamt soll dazu gehört werden.

Die DS 09/SVV/0715 wird bis zur Sitzung am 24.11.2009 zurückgestellt.

**zu 3.4 Ersatzstandort für die Sporthalle auf dem Unigelände im Park Babelsberg
Vorlage: 09/SVV/0752**

Herr Schröder fragt, ob es Einwände gebe, dass Herr Boede den Antrag einbringt. Das ist nicht der Fall.

Herr Boede bringt den Antrag ein.

Herr Schröder ist der Meinung, dass sich der Antrag erledigt habe.

Frau Dr. Magdowski informiert, dass die Verwaltung davon Abstand genommen habe, auf dem Sportplatz Sandscholle eine Turnhalle zu bauen. Laut Aussage der Bauverwaltung handle es sich um ein reines Wohngebiet. Ihr sei bekannt, dass die Anwohner Sturm gegen jegliche Sportfläche laufen. Bezüglich der Turnhalle habe man versucht, mit der Uni ins Gespräch zu kommen. Die Standortuntersuchung für die Kurfürstenstraße laufe. Zeitdruck habe man, weil die Uni bis Ende Oktober eine Entscheidung treffen müsse, um die KP II Mittel abrufen zu können.

Frau Dr. Orlowski fragt, ob die Kurfürstenstraße das einzige Areal sei, welches man der Uni angeboten habe. Ihr wurde gesagt, es gebe eine Liste, wo andere

Areale aufgeführt seien.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass es 5 bis 6 Vorschläge gebe, die für die Uni nicht akzeptabel seien. Ob die Kurfürstenstraße realisierbar sei, müsse noch geprüft werden.

Frau Dr. Orłowski bittet darum, die anderen Liegenschaften zur Kenntnis zu bekommen.

Herr Schröder meint, es sei ein entsprechender Auftrag mit Fristsetzung an die Verwaltung beschlossen worden. Die Halle im Babelsberger Park sei durch die Uni geschlossen worden. Die Uni sollte sich mit der Stiftung Schlösser und Gärten dazu in Verbindung setzen, ob sie die Halle am alten Standort sanieren wolle. Die Stadt partizipiere nur, bewegen müsse sich die Uni, welche die Problematik seit 2004 kenne.

Herr Boede sieht den Antrag nicht als erledigt an. Bezüglich der Fläche auf der Sandscholle sollte umgedacht werden. Dort sollten Trainingsplätze errichtet werden.

Herr Schröder erklärt, dass sich der Standort für die Turnhalle auf der Sandscholle erledigt habe. Es fehlen 3 Fußballgroßfelder. Er fragt, ob Herr Boede den Antrag präzisieren möchte. Es müsse sich der Bauausschuss mit dem Antrag beschäftigen.

Frau Ewers ergänzt, Herr Boede könne bezüglich der Trainingsplätze einen Prüfauftrag formulieren. Die baurechtliche Prüfung müsse GB 4 vornehmen.

Herr Boede meint, dass die baurechtliche Prüfung eine andere Frage sei. Den Trainingsplatz würde der Verein in Eigeninitiative errichten.

Frau Drohla fragt, ob der Antrag ohne den 2. Absatz bestehen bleiben könnte.

Herr Boede ist damit einverstanden, den 2. Absatz des Antrages zu streichen.

Beschlusstext:

Auf dem Sportplatz Sandscholle wird keine Sporthalle als Ersatz für die geschlossene Halle auf dem Unigelände am Park Babelsberg errichtet. Die bislang dafür vorgesehene Fläche auf dem Sportplatz Sandscholle wird für die Errichtung eines weiteren Trainingsplatzes vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 0

Stimmhaltung: 1

Der Antrag wird geändert beschlossen.

zu 3.5 Trainingsmöglichkeiten für Potsdam Kickers 94 e.V.

Vorlage: 09/SVV/0767

Herr Klamke bringt den Antrag ein.

Frau Ewers informiert, dass die Nutzung der Rasenfläche zwischen den Wällen im Volkspark Bornstedter Feld für das Training der Potsdamer Kickers 94 e. V. grundsätzlich möglich sei. Die Gespräche zum Parkeinritt sind derzeit noch nicht abgeschlossen. Man suche Sponsoren. Derzeit werde durch den Entwicklungs-

träger eine Rasensanierung durchgeführt, was mit einer Sperrung des Platzes bis zum Frühjahr 2010 verbunden ist.

Frau Drohla verweist darauf, dass der Ausschuss im September einen aktuellen Bericht zur Nutzung des Vereinsportes im Bornstedter Feld bekommen sollte.

Frau Ewers erklärt, man sei mit dem Entwicklungsträger im Gespräch. Die Eintrittsfrage müsse jedoch geklärt werden. Beim Standort der Schule handle es sich um eine beschlossene Fläche, die keine Erweiterung zulasse. Deshalb suche man für die Potsdamer Kickers eine Lösung außerhalb der Schule.

Für **Herrn Schröder** ist nicht nachvollziehbar, dass der Parkeintritt die Hürde sein solle. Man könne dafür sorgen, dass die Sportler mit einem Ausweis in den Park kommen. Das Argument Eintritt sollte kein Hinderungsgrund sein.

Herr Menzel spricht die Nutzung der Sanitäranlagen an. Er plädiert dafür, dass die AG Bornstedter Feld das Problem thematisiere.

Herr Menzel bringt den **Änderungsantrag** ein, den Beschlusstext um folgenden Satz zu erweitern:

Die Verwaltung wird gebeten, eine parallele öffentliche Nutzung sicherzustellen.

Der Antragsteller übernimmt die Änderung.

Herr Schröder lässt den Änderungsantrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis: 5/0/0

Es folgt die Abstimmung des geänderten Antrages.

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die Potsdamer Kickers im Volkspark Bornstedter Feld die Freizeitfläche in den Wällen als Trainingsmöglichkeiten für die Nachwuchsspieler nutzen können. Dabei ist die Nutzung der Sanitäranlagen und Abstellmöglichkeiten in den Wällen mit in die Prüfung einzubeziehen.

Die Verwaltung wird gebeten, eine parallele öffentliche Nutzung sicherzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der Antrag wird geändert beschlossen.

zu 3.6 Änderung des Zuwendungsbescheides zur Sanierung des Karl-Liebknecht-Stadions

Vorlage: 09/SVV/0753

Herr Schröder informiert, dass er darum gebeten habe, zu prüfen, ob der Bau einer Rasenheizung durch den DFB als Voraussetzung für die Ligatauglichkeit des Stadions erforderlich ist.

Frau Dr. Magdowski erklärt, dass eine Rasenheizung gegenwärtig im Pflichtenheft des DFB nicht gefordert sei. Seitens des DFB gebe es jedoch Überlegungen, derartige Forderungen künftig zu stellen. Eine Entscheidung hierüber werde aber erst im nächsten Jahr erwartet. Baut man die Heizung jetzt mit ein, so werde dies

gegenüber einem nachträglichen Einbau deutlich Kosten sparen. Der vorläufige Zuwendungsbescheid zur Sanierung des Karl-Liebknecht-Stadions beinhalte eine Maßnahmenliste mit Kostenschätzungen, da erst mit Vorlage von Bauplanungsunterlagen eine Kostenberechnung zur Verfügung stehen kann. Insofern erfolge eine Prüfung der Kostensätze im laufenden Verfahren.

Herr Boede begründet den Antrag. Man könne nicht akzeptieren, dass 8 Mio. € für Sportförderung ausgegeben werden sollen und damit kein Stück zur Entkrampfung der Sportstättensituation beigetragen werde. Bei der Größe des Mitteleinsatzes sei dies unakzeptabel. Das Karl-Liebknecht-Stadion solle maßvoll saniert werden. Der verbleibende Teil des Geldes solle für Sportstätten verwendet werden, wo dies nötig sei.

Frau Dr. Magdowski meint, man müsse nicht das Ausmaß der kalkulierten Kosten sehen. Die Potsdamer können stolz sein, dass sie die Bundesliga Frauen haben.

Herr Schröder verweist darauf, dass die verbindliche baufachliche Planung erst im 2. Quartal 2010 vorliege und empfiehlt den Prüfauftrag an das Rechnungsprüfungsamt zu geben. Er schlägt vor, die Plausibilität des Fördermittelantrages prüfen zu lassen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, den Antrag mit der **Änderung** abzustimmen, dass **das Ergebnis der Prüfung der SVV bis zum November 2009 vorzulegen ist.**

Beschlusstext:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den vorläufigen Fördermittelbescheid zur Sanierung des Karl-Liebknecht-Stadions zu überprüfen und ggf. zu modifizieren. Insbesondere sollen die Kostenansätze, eine Aufnahme des Baues neuer Sportflächen in die Maßnahmenliste und die Prioritätensetzung der Einzelmaßnahmen geprüft werden. In die Prüfung soll das Rechnungsprüfungsamt einbezogen werden.

Das Ergebnis der Prüfung soll der Stadtverordnetenversammlung bis zum November 2009 vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der Antrag wird geändert beschlossen.

**zu 3.7 Sitzungskalender 2010
Vorlage: 09/SVV/0679**

Frau Dr. Magdowski bittet darum, den Termin 19.01.2010 zu verlegen.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu die Sitzung vom 19.01.2010 auf den 26.01.2010 zu verlegen.

Beschlusstext:

Der Ausschuss für Bildung und Sport stimmt dem Sitzungskalender 2010 mit folgender Änderung zu:

Die Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport am 19.01.2010 wird auf den 26.01.2010 verlegt.

Abstimmungsergebnis: keine Gegenstimmen

zu 4 **Mitteilungen der Verwaltung**

zu 5 **Sonstiges**

zu 5.1 **Einberufung eines Workshops zur Prioritätensetzung Schulinvestitionen**

Angesichts der aus dem KP II zu realisierenden Maßnahmen schlägt **Herr Schröder** vor, einen Workshop zur Prioritätensetzung Schulinvestitionen durchzuführen.

Frau Dr. Magdowski hält es für sinnvoll, die Prioritätensetzung in Abstimmung zwischen Verwaltung und Politik zu finden.

Herr Schröder bittet um Abstimmung mit dem KIS und dem Bereich Finanzen. Als Terminvorschlag wird November 2009 vorgemerkt, Beginn 15.00 Uhr.

Die Ausschusmitglieder verständigen sich dazu, im November 2009 einen Workshop zur Prioritätensetzung Schulinvestitionen durchzuführen. Die Bereiche KIS und Finanzen sind dazu einzuladen.

Frau Drohla bittet darum, in der Oktobersitzung 2009 vom Staatlichen Schulamt eine Einschätzung zum Beginn des Schuljahres 2009/2010 zu bekommen. In diesem Zusammenhang verweist sie auf Probleme beim Lehrereinsatz an Schulen. In der Förderschule mit den sonderpädagogischen Förderschwerpunkten Hören und Sprache wurden 5 Sonderpädagogen abgezogen und Klassen zusammengelagt. Das habe zu Protesten der Eltern geführt. Zur Zeit gebe es Verhandlungen mit dem MBS. Sie bittet den Fachbereich Schule und Sport, sich in die laufenden Verhandlungen einzuschalten.

Herr Schröder erinnert an die Zusicherung, dass es mit Zusammenführung beider Schulen keine Verschlechterung geben werde.

Frau Drohla bittet darum, Herrn Lenz einzuladen.

Frau Ewers erklärt, sie sei in den Vorgang involviert und habe dazu mit Herrn Rosenau und Herrn Bogel-Meyhöfer telefoniert.

Herr Schröder meint, man solle das Staatliche Schulamt um schriftliche Zuarbeit bitten.

Frau Drohla informiert über eine Veranstaltung, zu der die Lenné-Gesamtschule eingeladen hat um ihr Ganztagskonzept vorzustellen. Sie habe den Auftrag erhalten, als Vertreterin des Ausschusses für Bildung und Sport, daran teilzunehmen. Der Schulleiter habe bedauert, dass der Ausschuss nur durch eine Person vertreten war. Sie bittet darum, Einladungen an Schulen auch in Anspruch zu nehmen.

Herr Menzel bittet in einer der nächsten Sitzungen um einen kurzen Bericht darüber, ob und in welcher Form sich Potsdamer Schulen am Fifty-fifty-Projekt oder an anderen Energiesparprojekten beteiligen.

Frau Ewers erklärt, dazu müsse man beim KIS nachfragen. In Potsdam gebe es das Öko-Smart-Projekt welches mit der Gründung des KIS vom Schulverwaltungsamt dorthin übergegangen sei.

Herr Menzel spricht sich für eine Sensibilisierung und Aufmerksammachung auf Schulkinder und Schulwege durch Plakate aus.

Frau Ewers verweist darauf, dass diese Aufgabe durch die Verkehrswacht übernommen werde. Zum Schuljahresbeginn werden entsprechende Plakate angebracht. Es habe Schulungen der Schüler gegeben. Die Verkehrswacht biete in Abstimmung mit der jeweiligen Schule spezielle Projekte und Kurse an. Das sei ausreichend.

Frau Dr. Magdowski ergänzt, dass man darüber im Zusammenhang mit dem Verkehrssicherheitskonzept, welches demnächst vorgelegt werde, diskutieren könne.

Michael Schröder
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube
Ausschussbetreuerin